Nr. 1 2. Ausgabe Donnerstag, 1. Januar 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4

Fernsprecher: 13528, 13633, 13897, 17108. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise: Grundzeile, 22 mm breit, M. 1.30, für das Ausland M. 2.—. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 4.—, mit Platzvorschrift M. 4.50, für das Ausland M. 6.—. Bei Listen- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Auf alle Bruttopreise 10 v. H. Zuschlag. Briefgebühr 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen keine Gewähr.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25, ausschließlich Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.40, nach dem Auslande wöchentlich M. 2.—. Preis für die Einzelnummer 10 Pf.

Der „unbekannte" Versailler Vertrag

Ein merkwürdiger Titel; er stammt aus einem Buche, das gegenwärtig den Höhe- und vielleicht den Wendepunkt der englischen Kritik an dem Versailler Vertrage bildet, an dem Vertrage, dessen Unterzeichnung von der deutschen Regierung, die im Juni d. J. in einer Denkschrift vorsichtige Bedenken zu äußern wagte, auf Grund eines befristeten Ultimatums gefordert worden ist. Das Buch stammt aus der Feder des Ratgebers der britischen Regierung in wirtschaftlichen Angelegenheiten, Professor John Maynard Keynes, der auch den deutschen Regierungsstellen aus Verhandlungen in Brüssel, Trier, Amsterdam, Villette (Waffenstillstandsverhandlungen) bekannt ist. Keynes stellt die beinahe groteske Behauptung auf, daß „das englische Volk den Versailler Vertrag empfing, ohne ihn in seinem Entstehen verfolgt zu haben, ohne ihn, nachdem er unterzeichnet war, besonderer Neugier zu ehren". Keynes stellt seinen Landsleuten das immerhin merkwürdige Zeugnis aus, daß das Werk von Versailles den Engländern unbekannt sei. Man müßte, nach Keynes, annehmen, daß nur ein Volk, das diesen Vertrag nicht kannte, ihn wirklich gutheißen durfte. Allein, das gilt nur von dem englischen Volke. Bekanntlich sorgte man in Deutschland für die Verbreitung der „Ententeforderungen" (im Mai 1919) sehr gründlich, ebenso in den neutralen Staaten. Bloß die Alliierten stopften alle Lücken, aus denen ein Artikelchen des „nur in seiner Gesamtheit begreiflichen Vertrages" schlüpfen konnte, und die Geschichte von dem amerikanischen Zeitungsmanne, der einen erdichteten Text nach Amerika schmuggelte, machte in den Maitagen großen Lärm im Pariser Konferenzklüngel. Beinahe vermutete man deutsche Intrigen dahinter. Keynes spricht von einem „unbekannten" Pakte; der Vorwurf fällt auf jene zurück, die eine chinesische Mauer um die Friedenskonferenz errichteten, getreu dem „ersten Punkte" von der Aufhebung der Geheimdiplomatie.

Nachdem Keynes in seinem Buch, das den Titel „Die wirtschaftlichen Folgen des Versailler Vertrags" trägt, seine Aufgabe dahin zusammengefaßt hat, daß er „seinen Landsleuten die Kenntnis des Dokuments vermitteln wolle", beginnt er mit einer vernichtenden Kritik der Staatsmänner, die das Pariser Friedenswerk in ihre „ungeschickten Hände" nahmen. Hier kommt er hinter Bullitt, dem Amerikaner, hinter den Enthüllungen der New-Yorker „New Republic", hinter den Indiskretionen des Doktor Dillon, der die Unkenntnis der „Fachleute" beinahe operettenhaft schilderte. Der Schwerpunkt der Schrift, die, so heißt es, die öffentliche Meinung in England „aufklären" soll, liegt in der schärfsten Verurteilung der wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen des Versailler Vertrags. Ließ man diese nach Londoner Blätterstimmen „glänzende Kritik des Professors Keynes" im Buche selbst, so ist man erstaunt und tief ergriffen über die Analogie der Erklärungen, die im Mai von deutschen Fachmännern abgegeben wurden, und der Mitteilungen des englischen Ratgebers, der doch in Paris saß und wirkte, in Paris, wo — um seine Worte zu bemühen — „alles krank war und in einem fiebrigen Zustand arbeitete". Befand sich auch Prof. Keynes in dieser Verfassung? Und wenn das nicht der Fall war, wie kommt es, daß wir seinen erschütternden Aufruf, den Versailler Vertrag sobald wie nur möglich „abzuschaffen", daß wir seine mahnende Stimme erst jetzt vernehmen? Während der Pariser Konferenzen über die Finanzklauseln saß doch Keynes im obersten Wirtschaftsrate; er las auch die „Bedenken" und die Gegenvorschläge der deutschen Delegation; er vernahm auch von dem Wunsche der deutschen Fachleute, über die Finanzbedingungen auf mündlichem Wege zu verhandeln. Darüber ließ man in dem Buche nicht eine Zeile. Und das stimmt bitter und zweifelnd zugleich.

Die Franzosen bezeichneten früher einmal den Wiener Vertrag, der ihnen die Grenzen der vornapoleonischen Zeit zurückgab, ohne ihnen wirtschaftlich und finanziell wehgetan zu haben, „le traité infame". Keynes nimmt keinen Anstand, das gleiche zu tun. Für ihn ist das Versailler „Friedenswerk" ein „Mischmasch von Klauseln, die nicht für sich selbst sprechen, weil meistens jede von ihnen eine geheime Geschichte von Unwahrhaftigkeit und Intrige zu maskieren hat, und ohne diese Scheinheiligkeit läßt sich der Text nicht erklären. Im Lichte der Geheimhistorie wird aber manches verständlich." Wir erfahren begreiflicherweise aus dem Buche nichts, was Licht verbreiten könnte. Ferner gibt uns Keynes zu verstehen, daß „das ganze Dokument aus Kasuistik und Sophisterei entstanden und die Sieger verurteilt, immer wieder neue Kunstgriffe auf dem Gebiete der Kasuistik und der Sophisterei anzuwenden, und zwar so lange, bis der Vertrag abgeschafft ist". Ueber den Zeitpunkt der „Beseitigung" gibt Keynes einen optimistischen Aufschluß: Wenn die heutigen Regierungen in allen alliierten Staaten verschwunden, wenn die Geister in diesen Ländern über die Unmöglichkeit aufgeklärt sein werden, diesen Vertrag wirklich durchführen zu können. „Ein karthaginischer Friede ist für Europa unmöglich", lautet die These des Professors Keynes.

Um auf die sachliche Kritik, die das Buch an dem Finanz- und Wirtschaftsabschnitte übt, einzugehen, ist viel Raum erforderlich. Neues sagt uns aber der englische Ratgeber nicht. Daß er die Unkenntnis der alliierten Kommissionen rügt, die falsche und übertriebene Angaben lieferten, um den Staatsmännern des Gewaltfriedens gefällig zu sein, mag die Engländer, die jetzt aus Keynes Buche Lehren erhalten wollen, sehr nachdenklich stimmen. Die Zweideutigkeit und Zweischneidigkeit der Finanzartikel, die in dem berüchtigten Artikel 232 ihren Drehpunkt haben, wird besonders hervorgehoben. Zum Beispiel vernehmen wir da zum erstenmal, daß Frankreich gegebenenfalls an England und Amerika die Forderung stellen könnte, für die Besatzungskosten der französischen Truppen aufzukommen, woraus sich die heutige Haltung Englands und der Vereinigten Staaten erklärt, die Besatzungsarmeen Frankreichs so klein wie möglich zu sehen, während auf französischer Seite gerade die entgegengesetzte Neigung besteht, nämlich die „Verstärkung der Besatzungen, um für alle Fälle gerüstet zu sein". („Matin" vom 28. 12.) Es ist die Ueberzeugung von Keynes, daß die Alliierten vor der Alternative stehen, entweder den Vertrag auf „eine vernünftige Form" zu bringen, oder Europa in eine furchtbare Katastrophe hineinzutreiben. Mit der „Abschaffung" des Vertrages ist es nicht getan. Auch zur Tat ruft Keynes seine Landsleute auf. Propaganda für eine Schuldenbeseitigung. Die Alliierten sollen sich gegenseitig ihre Schulden „verzeihen", das will besagen, sie sollen sie streichen und dann zusammentreten, um eine internationale Anleihe auszugeben. Keynes wünscht eine Konferenz im Haag, ebenso wie sein Kollege (und Ratgeber der englischen Regierung) Professor Cassel, ebenso wie der Amerikaner Vanderlip, ebenso wie verschiedene neutrale Staatsmänner.

Wird das Buch, das man in England als das Gegenstück zu Kautskys Veröffentlichung bezeichnet, wirklich bahnbrechend wirken? Die meisten englischen Fachblätter glauben es. Im „Economist", dem Organe der englischen Imperialisten, wird lobend und ermunternd über die Schrift gesprochen. In zwei Wochenblättern Northcliffes liest man zustimmende Worte. „Keynes hat in vielen Punkten recht", heißt es in „Weekly Dispatch". Am schönsten klingt eine Kritik in der Schiffahrtsspalte der „Times". Da vernimmt man plötzlich — nach all dem Toben und Gezeter —, daß auch wegen der Lieferung der 250 000 Tonnen durch Deutschland die Bedenken des Professors Keynes wichtig seien, denn man dürfe den Deutschen nicht Gelegenheit geben, Schiffe nach englischen Plänen zu bauen, sich für den Schiffsbau überhaupt wieder zu interessieren usf. Kurz, man möchte lieber auf die Lieferung verzichten, allenfalls aber bloß deutsche Werften requirieren und dort unter britischer Leitung arbeiten lassen. Man sieht, wie praktisch das Buch von Leuten der verschiedensten Richtungen verwertet werden kann.

Günstige Friedensaussichten

+ **Berlin, 31. Dezember.** (Eig. Drahtbericht.) Der Zeitpunkt des Austausches der Ratifikationsurkunden ist noch nicht bekannt. Es ist aber, wie von offiziöser Seite mitgeteilt wird, damit zu rechnen, daß die gegenseitige Uebergabe der Urkunden kurz bevorsteht. Somit kann gehofft werden, daß nach Ablauf einer Woche der Frieden wiederhergestellt sein wird. Die Verhandlungen zwischen dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation, Freiherrn v. Lersner, und dem französischen Generalsekretär, Herrn Dutasta, um zu einer Einigung über das Schlußprotokoll zu gelangen, nehmen, wie wir hören, einen befriedigenden Verlauf und lassen eine Einigung in allerkürzester Zeit erwarten.

Die Ablieferung des Hafenmaterials

Havas meldet aus Paris: Dutasta hatte Dienstag abend eine weitere Unterredung mit Herrn v. Lersner über die Inkraftsetzung des Versailler Vertrages. Er erklärte, daß sofort nach Unterzeichnung des Protokolls die Alliierten der Lieferung des Materials entgegensehen würden, das unverzüglich abzutreten sich die Deutschen bereit erklärten, d. h. 192 000 Tonnen plus 50 000 Tonnen. Im übrigen wird das Material gemäß den von der alliierten Sachverständigenkommission an Ort und Stelle gemachten Feststellungen in Danzig, Hamburg und Bremen verlangt werden.

Beschlüsse des Fünferrats

× **Paris, 31. Dezember.** Der Fünferrat hat in seiner Sitzung am 30. Dezember beschlossen, daß die von den amerikanischen Truppen besetzten Gebiete der Rheinlande unter die Gerichtsbarkeit der hohen interalliierten Kommission der rheinischen Gebiete gestellt werden. Der Rat setzte alsdann die Instruktionen fest, die der interalliierten Kontrollkommission in Berlin über das deutsche aeronautische Material gegeben werden sollen. Diese Instruktionen sollen den Verkauf von Material an Neutrale betreffen.

Vorbereitung einer Friedenskonferenz

× **Amsterdam, 31. Dezember.** „Telegraaf" meldet aus London, daß den internationalen Konferenzen, die in der nächsten Woche in Paris stattfinden und den Charakter einer Friedenskonferenz haben, ein Gedankenaustausch in London vorangehen werde, an dem sich auch italienische Minister beteiligen werden. Downingstreet teilt mit, daß sowohl Scialoja wie Nitti nach London kommen werden.

Verhandlungen über die Abtretungen

+ **Berlin, 31. Dezember.** (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag haben zum erstenmal Verhandlungen des Ministerialdirektors v. Simson mit dem Bevollmächtigten über die Frage der abzutretenden Gebiete stattgefunden.

• **Berlin, 31. Dezember.** In Begleitung des Geheimrats v. Simson befindet sich auch Graf v. Lerchenfeld, woraus man schließen kann, daß bei diesen Verhandlungen ein besonders breiter Spielraum den Ostfragen eingeräumt werden soll. Es ist sogar anzunehmen, daß bei den Pariser Verhandlungen auch verschiedene noch schwebende Fragen zwischen Deutschland und Polen zur Sprache kommen werden, da so ziemlich die ganze polnische Delegation, die seinerzeit die Ausgleichsverhandlungen in Berlin führte, mit Minister v. Wroblewski an der Spitze, sich in Paris befindet. In hiesigen Regierungskreisen rechnet man damit, daß die Verhandlungen des Geheimrats von Simson einen glatten und raschen Verlauf nehmen werden und sich nicht bedeutend über den 6. Januar hinausziehen werden.

Ratifikation und Valuta

Genf, 31. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Börsenmitarbeiter des Lyoner „Progrès" erwartet von der Ratifikation des Friedensvertrags eine normale Steigerung der deutschen Valuta auf mehr als ein Drittel ihres Friedenswertes.

Gegen die Vernichtung Deutschlands

Haag, 31. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Der „Manchester Guardian" äußert sich wieder mit größter Schärfe über die letzten Forderungen der Alliierten, die gestellt worden seien, um Deutschlands Ruin vollkommen zu machen. Das Blatt schreibt: Man kann sich nichts ungerechtfertigteres und vernichtenderes denken, als die Forderung, daß Deutschland seine Hafenausrüstungen als Entschädigung für den eingebildeten Schlag der Versenkung seiner Flotte ausliefern soll.

Ein spätes Geständnis

Rotterdam, 31. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Der Kapitän des am 21. Dezember auf seiner ersten Fahrt von New-York nach Southampton eingetroffenen „Imperator" ließ sich zu Journalisten folgendermaßen aus: Ich habe mich besonders darüber gefreut, daß ich auf diesem den Deutschen abgenommenen Dampfer den Befehl führen konnte. Ich habe den U-Boots-Krieg mitgemacht und viel erlebt. Ich kommandierte die „Aquitania" (ein Cunart-Dampfer), die gleichzeitig Truppen und Verwundete transportierte, also als Lazarett- und als Truppenbeförderungsschiff benutzt wurde. Sie können sich denken, wie gefährlich solche Fahrten waren."

Das Ende der europäischen Türkei?

× **Paris, 30. Dezember.** (Havas.) Der „Matin" schreibt: Gewisse Nachrichten berechtigen zur Annahme, daß die Frage des Schicksals Konstantinopels und der Meerengen grundsätzlich geregelt sei. Der englische Standpunkt, wie er von Lloyd George dargelegt wurde, habe den Sieg davongetragen. Es scheine sicher zu sein, daß der Sitz der osmanischen Regierung nach Asien verlegt werde, und zwar nach Brussa oder Konia, in Ausführung des im Jahre 1917 von den Alliierten aufgestellten Programmes, das die Vertreibung der Türkei aus Europa vorsah, die der abendländischen Zivilisation entschieden fremd sei. Die Einzelheiten des internationalen Kontrollregims für Konstantinopel befänden sich noch in Beratung.

Eine Fälschung des „Matin"?

+ **Berlin, 31. Dezember.** (Eigener Drahtbericht.) Vor kurzem hatte der „Matin" ein Gotheinsches Interview veröffentlicht, nach dem Gothein sich geäußert haben sollte, keine bürgerliche Partei würde zu einer Auslieferung deutscher Staatsangehöriger an die Entente ihre Zustimmung geben. Das Zentrum und die Demokraten würden, sollte ein solches Begehren der Entente vorliegen, aus der Regierung austreten. Wie wir hören, ist dieses Interview gefälscht. Gothein hat niemals etwas Derartiges geäußert.

Die Anklageschrift gegen Röchling

+ **Berlin, 31. Dezember.** (Eig. Drahtbericht.) Im Auswärtigen Amt rechnet man, wie wir hören, damit, daß die Anklageschrift gegen Röchling, die zwei große Quartseiten umfaßt, unmittelbar nach Neujahr vorliegen wird. Dann wird auch der Presse Gelegenheit gegeben werden, näheres über den Komplex von Fragen und Tatsachen, den zu kennen notwendig ist, zu erfahren.

Die Dänen in Flensburg

× **Flensburg, 31. Dezember.** In der Angelegenheit derjenigen reichsd[illegible] Fahrgäste des dänischen Schiffes „König Haakon", welche ohne Paß in Flensburg an Land gegangen waren, fand gestern zwischen dem Staatskommissar Dr. Köster und dem Vorsitzenden des dänischen Komitees Großkaufmann Möller eine Verhandlung statt, auf Grund deren das Schiff schon morgen mittag Flensburg wieder verlassen wird. Die bis dahin nicht in Pakete verpackten Lebensmittel werden an Land gebracht und durch Flensburger verteilt werden. Gegen den Beamten der Flensburger Militär-Kriminalpolizei, der eigenmächtig die Erlaubnis zum Betreten Flensburgs gegeben hatte, wird eine Untersuchung eingeleitet.

Die Polen in Oberschlesien

• **Breslau, 31. Dezember.** Am Dienstag tagte zum erstenmal der Landesbeirat beim Oberpräsidenten der neuen Provinz Oberschlesien. Den Vorsitz führte Regierungspräsident Bitta. Allseitig wurde dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß die Polen es abgelehnt haben, Vertreter in den Beirat zu entsenden. Zur Verhandlung stand hauptsächlich der Gebrauch der polnischen Sprache in den Schulen. Allgemein wurde der Standpunkt vertreten, daß man hierin dem oberschlesischen Volke auf das weiteste entgegenkommen müsse.

× **Wiesbaden, 31. Dezember.** Der Westdeutsche Zeitungsdienst meldet: Die französische Militärbehörde hat den Gewerbeschullehrer Hoelzel verhaftet, weil er die Oberschlesier aufgefordert hatte, in ihrer Heimat an der Abstimmung teilzunehmen. Bei verschiedenen Oberschlesiern sind Haussuchungen vorgenommen worden. Hauptsächlich wurde nach den Mitgliederlisten des Vereins der Oberschlesier gesucht. Einige Schriftstücke sind beschlagnahmt worden.

Die Dezentralisationsidee in Frankreich

Basel, 31. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die „Preßinformation" meldet aus Paris: Millerand begibt sich in der kommenden Woche nach Paris, wo er mit der Regierung in Unterhandlungen eintreten wird wegen der Annahme des Postens als Ministerpräsident. Er erklärt, daß seine Politik auf nationaler Grundlage aufgebaut wäre zum Wohle Frankreichs. Er werde mit der alten nationalistischen Zentralisation in Paris brechen und den Regionalismus in Frankreich einführen.

Die Bolschewisten am Schwarzen Meer

Rotterdam, 31. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die „Morning Post" und „Times" melden das Auslaufen der Mittelmeerflotte in das Schwarze Meer zum Schutze Odessas und der Hafenstädte vor den vordringenden Bolschewisten.

Der Reichspräsident zum Neujahrstag

× **Berlin, 1. Januar 1920. Der Reichspräsident hat den Reichskanzler gebeten, folgende Kundgebung zum Neujahrstag zu veröffentlichen:**

Im neuen Jahre ist zwar das Chaos abgewehrt, die Einheit des Reiches erhalten und gefestigt worden, indessen mußte unter dem Drucke rücksichtslosen Zwanges ein Frieden geschlossen werden, der die Ehre unseres Volkes, seinen Wohlstand und die künftige Arbeit fremder Gnade zu überantworten droht. Das beginnende Jahr muß entscheiden, ob die Deutschen trotz allem als Nation, Staat und Wirtschaft sich zu behaupten hoffen können oder durch inneren Hader, dem sich äußerer Haß zugesellt, in einem endgültigen Zusammenbruch auch die Hoffnungen ihrer Kinder begraben müssen. Diese Schicksalsfrage vor Augen, bitte ich heute alle, die sich Deutsche nennen, in der gemeinsamen Not die Reihen zu schließen, und ein jeder an seiner Arbeitsstelle für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes das Aeußerste zu tun.

Berlin, 1. Januar 1920.

Der Reichspräsident.

Deutschlands Zukunft

Ein Ausblick in das neue Jahr

Vom Reichsminister a. D. Georg Gothein

Der Friedensvertrag von Versailles macht es uns Deutschen unsagbar schwer, zur Völkerversöhnung beizutragen. Er ist ein Gewaltfriede, der uns von deutschem Volksstamm bewohnte Gebiete, der uns weite Landstriche deutscher Kultur entreißt, der uns unerträgliche Lasten aufbürdet und uns zur Ohnmacht verurteilt.

Wohl müssen wir unbeirrt das Ziel im Auge behalten, diesen unseligen Frieden einer Revision zu unterziehen, die das furchtbare Unrecht, das mit ihm am deutschen Volke verübt wird, aus der Welt schafft. Wir müssen aber darauf verzichten, durch heroische Anstrengungen, durch eine Erhebung mit den Waffen das Joch abzuschütteln, das uns eine Welt von Feinden auferlegt hat. Denn dieser Weg, unsre Weltstellung wiederzugewinnen, ist hoffnungslos. Nicht nur, daß in irgendwie absehbarer Zeit die Stimmung dafür im deutschen Volke nicht anzufachen wäre, wir müssen uns auch sagen, daß in der Gegenwart wie in der Zukunft der Krieg ein Krieg des Materials wie der Massen ist, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages uns der Waffen wie der Möglichkeit, herzustellen, berauben. Das heroische Zeitalter ist für uns vorbei. Das mag für männliche Gemüter eine bittere Erkenntnis sein, aber sie ist notwendig. In der Politik ist nichts gefährlicher als Illusionen und Phrasen. Von ihnen müssen wir uns freimachen, wenn wir wirklich Realpolitik treiben, wenn wir Deutschland wieder aufbauen wollen.

Das können wir aber nicht, wenn die Welt uns mißtraut; das können wir nicht, wenn wir in dem Gefühl des ungeheuren und angetanen Unrechts uns verbittert von der Welt abschließen, uns in Gram verzehren. Wir brauchen die Welt, wie sie uns braucht.

Wir Deutsche müssen alles daran setzen, wieder in friedlichen, freundschaftlichen Verkehr mit den andern Völkern zu gelangen, das Ansehen zurückzuerringen, das wir früher genossen, das Mißtrauen zu beseitigen, das uns fast die ganze Welt zum Feinde gemacht hat.

Wir müssen moralische Eroberungen in der Welt machen, nicht nur damit, daß wir ihr zeigen, wie unsagbar arm sie wäre ohne die hohen Kulturgüter, die sie dem deutschen Volke verdankt; sondern ihr ebenso zu Gemüte führen, daß sie dauernd verarmen würde, wenn sie in Zukunft die Kulturbetätigung Deutschlands entbehren müßte.

Wir müssen sie fragen, ob sie es verantworten kann, ein Volk zu versklaven, dem sie die grundlegenden Forschungen auf dem Gebiet menschlichen Denkens, der Philosophie, verdankt! Es sei nur der eine Name Kant genannt. Und wäre die Welt nicht arm ohne die Werke eines Goethe, Schiller, Herder, Lessing? Ist es nicht Weltliteratur, die sie in deutscher Sprache geschaffen haben? Haben nicht unsre großen Tondichter: Gluck, Bach, Haydn, Mozart, Beethoven, Schubert, Mendelssohn, Schumann, Richard Wagner, Brahms, Strauß — um aus der gewaltigen Zahl nur einige wenige zu nennen — der Welt die schönsten und reinsten Genüsse geschenkt?

Hat das deutsche Volk nicht auch auf dem Gebiet der bildenden Künste der Welt unendlich viel Schönes gegeben, von den Werken alter deutscher Baukunst, von Bildhauern und Malern wie Peter Vischer, Holbein und Cranach an bis in die Jetztzeit! Wahre Kunst wie wahre Wissenschaft können nur international sein, wenn sie auch auf nationalem Boden erwachsen müssen. Wer von fremdem Volk von seinen Geistesleistungen nicht lernen will, der bleibt nach einem Goetheschen Wort „ein Narr auf eigne Hand".

Wie die deutsche Wissenschaft nur in ständigem Geistesaustausch mit der ausländischen ihre hohen Leistungen vollbringen konnte, so fußt die des Auslandes auf deutscher Forschertätigkeit. Das gilt für die Rechtswissenschaft und die Fortbildung des Rechts wie für die Sprachforschung, die Volkswirtschaftslehre, die Geschichtsforschung und Darstellung, wie für alle Naturwissenschaften und ihre Anwendung in Medizin und Technik. Erst durch die bakteriologischen Forschungen eines Ferdinand Cohn, Virchow, Koch, Ehrlich ist die Hygiene, ist die erfolgreiche Bekämpfung der Seuchen möglich geworden. Deutsche Aerzte waren es, die die wissenschaftlichen Forschungen zur praktischen Anwendung brachten.

Ist es etwa anders auf dem Gebiet der Technik, der angewandten Naturwissenschaften? Ohne ruhmredig zu sein, können wir sagen, daß die moderne chemische Industrie — insbesondere die der Teerfarben, der Arzneimittel, der synthetischen Stickstoffverbindungen, daß die Düngemittellehre, die erst eine rationelle Ackerwirtschaft ermöglichte, auf deutschem Boden erwachsen ist. Namen wie Liebig, A. W. Hofmann, Liebermann, Fischer, Haber, Caro — um wieder nur einige wenige zu nennen — sind Wohltäter der Menschheit, die diese nicht aus ihren Ruhmestafeln streichen kann, ohne sich selbst zu beschämen.

Genau so liegt es auf physikalischem und maschinellem Gebiet, insbesondere auch auf dem der Optik, der Meßtechnik, des Instrumenten- und Maschinenbaus.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-1920010102/1